

Ihre Mandantin ist die Erde – über den Berufseinstieg bei einem Umweltverband

Bellinda Bartolucci und *Francesca Mascha Klein* sind Volljuristinnen und arbeiten bei der Umweltrechtsorganisation ClientEarth, zu Deutsch „Mandantin Erde“ in Berlin. Ihr Fokus liegt auf rechtlichen Verfahren und den politischen Prozessen zur Verringerung der Nutzung fossiler Energieträger wie Kohle. Sie haben gleichzeitig im Sommer 2020 angefangen, und damit kurz nach Pandemie-Beginn.

Die Fragen stellte *Vera Schürmann*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Grundlagen des Rechts der Humboldt-Universität zu Berlin und Mitglied des Arbeitsstabs Ausbildung und Beruf des djB.

Wie habt ihr den Arbeitseinstieg erlebt?

Bellinda: Das war ein wirklich außergewöhnlicher Einstieg. Während man sich auf das neue Team und die neue Umgebung freut, gab es erstmal nur digitale Meetings und virtuelle Kennenlern- und Kaffee-Runden. Immerhin haben Mascha und ich uns in Berlin persönlich gesehen.

Mascha: Unser Team und unsere Partner sitzen ohnehin in verschiedenen Ländern, beispielsweise in Belgien, Bulgarien, Großbritannien oder Polen, wodurch alle schon mit der Online-Kommunikation vertraut waren. Neben der Pandemie war mein Einstieg in die Arbeit zum Thema Kohle besonders davon geprägt, dass zu diesem Zeitpunkt ein neues Kohlekraftwerk ans Netz ging, während der Kohleausstieg im Bundestag beschlossen wurde.

Wie würdet ihr grundsätzlich eure Arbeit bei ClientEarth beschreiben?

Bellinda: Sehr vielfältig, interdisziplinär und international: ClientEarth geht weltweit mithilfe rechtlicher Interventionen gegen umweltzerstörende und die Klimakrise befeuernde Praktiken vor, die Menschenleben und unsere natürlichen Lebensgrundlagen extremen, bis hin zu existenziellen Gefahren aussetzen.

Mascha: Im Wege der strategischen Prozessführung greifen wir exemplarisch Fälle auf, die drängende, aktuelle umweltrechtliche und gesellschaftspolitische Probleme offenbaren und so systemischen Wandel anstoßen. Dabei sind wir solidarisch mit Betroffenen der Klimakrise über geographische, soziale und kulturelle Grenzen hinweg und ermächtigen sie mit dem Recht als Werkzeug, ihre Rechte und vor allem Umweltrecht zu verteidigen.

Wie sieht das konkret aus?

Mascha: In meiner Arbeit setze ich mich dafür ein, den Kohleausstieg in Deutschland zu beschleunigen. In Zusammenarbeit mit anderen Umweltverbänden, Anwält*innen und technischen Expert*innen führen wir umweltrechtliche Verfahren mit dem Ziel, dafür zu sorgen, dass Kohlekraftwerke und -tagebaue geltendes Recht und insbesondere Umweltstandards einhalten.

Bellinda: Auf europäischer Ebene bringen wir dann die Erfahrungen aus den verschiedenen Jurisdiktionen zusammen. Da nationales Umweltrecht primär auf europäischem Recht basiert, können wir viel voneinander lernen: Wenn ein Argument besonders gefruchtet hat (oder auch nicht), können wir andere Fälle darauf aufbauen und weiterentwickeln – oder aber uns bei gravierenden EU-Rechtsverstößen an europäische Institutionen wenden. Außerdem bringen wir uns in europäische Gesetzgebungsprozesse ein. Wir zeigen auf, was in der Praxis nicht läuft und wo dringender Handlungsbedarf besteht, um die Ziele des Europäischen Grünen Deals zu erreichen. Diese Advocacy-Arbeit ist äußerst spannend, weil hier rechtliche Argumente auf politische Diskurse treffen.

Mascha: Gegenüber der Europäischen Kommission haben wir uns beispielsweise mit Argumenten aus dem EU-Beihilfenrecht erfolgreich dafür eingesetzt, dass sie sich die geplanten Zahlungen für Braunkohlebetreiber im Rahmen des deutschen Kohleausstiegs genauer anschaut. Dieser Fall zeigt auch, dass wir oftmals nicht nur mit dem klassischen Umweltrecht arbeiten. Wir untersuchen alle Rechtsgebiete nach strategischen Argumenten – gerade, weil es häufig an rechtlichen Regelungen explizit zum Schutz von Umwelt und Klima fehlt.

Warum ist das Thema Kohleausstieg so wichtig?

Mascha: Kohle ist die klima- und umweltschädlichste fossile Energiequelle, wobei dies insbesondere für Braunkohle gilt. Der Abbau hat schwere Folgen für den Wasserhaushalt und hat dazu geführt, dass mehr als 125.000 Menschen in Deutschland ihre Heimat verlassen mussten. Durch Schadstoffe wie Quecksilber entstehen zudem gesundheitliche Gefahren, sodass es zu mehr vorzeitigen Todesfällen, Frühgeburten und Krankheiten wie chronischer Bronchitis kommt. Die Arbeit in Deutschland dazu ist besonders wichtig, weil in keinem anderen Land so viel Braunkohle gefördert wird. Außerdem geht es darum, zu verhindern, dass von Kohle auf andere umwelt- und klimaschädliche Brennstoffe wie fossiles Gas umgestiegen wird.

Bellinda, du arbeitest also anders als Mascha auf der EU-Ebene, obwohl du auch vorwiegend im deutschen Recht ausgebildet bist. Warum?

Bellinda: Weil durch europäisches Recht – bei progressiver Gestaltung und Anwendung – so viel erreicht werden kann. Schon die EU-Verträge einschließlich der Grundrechtecharta zeigen enormes Potenzial. Und gerade im Umwelt- und Klimabereich müssen wir gemeinschaftlich handeln. Wie sollen wir sonst weg von fossiler Infrastruktur hin zu einem gerechten Übergang („just transition“), um sozial gerecht für Mensch und Natur eine saubere, gesunde Umwelt zu schaffen? Momentan arbeite ich zum Beispiel

an der Reform der EU-Industrieemissionsrichtlinie, die die Rolle der Industrie zur Erreichung der Klima- und Null-Schadstoffziele definieren kann. Außerdem setzen wir uns in diesem Gesetzgebungsprozess für einen effektiven Zugang zu Recht für die Öffentlichkeit ein sowie einen ganz neuen Schadensersatzanspruch für Betroffene, die besonders unter Umweltverschmutzung leiden – auch das ist eine Frage der Gerechtigkeit in Europa.

Wie ist zu bewerten, dass über Klimaschutz immer häufiger vor Gerichten entschieden wird?

Mascha: Einerseits markiert es einen Erfolg, dass es gesetzliche Regelungen zum Schutz des Klimas gibt, dass derartige Fälle vor Gericht verhandelt werden und entsprechende Argumente von Gerichten ernst genommen werden müssen. Es ist eine Errungenschaft, die wir jahrzehntelangen Bewegungen zu verdanken haben, dass die Notwendigkeit, das Klima zu schützen und Emissionen zu senken, inzwischen (mehr oder weniger) gesellschaftlicher Konsens ist.

Andererseits ist ein gerichtliches Verfahren immer Resultat eines Versäumnisses. Warum müssen NGOs und Akteure der Zivilgesellschaft Länder und Unternehmen darauf hinweisen, dass sie gegen das geltende Recht verstoßen? Warum müssen wir dafür kämpfen, dass sich Länder an ihre eigenen Regeln halten? Ein Gerichtsverfahren ist eine Möglichkeit Missstände aufzuzeigen, die gesellschaftliche und politische Veränderung muss aber folgen.

Die meisten Volljurist*innen arbeiten in Kanzleien oder im öffentlichen Dienst, ihr habt euch für eine umweltrechtliche NGO entschieden. Welche Aspekte waren für eure Berufswahl ausschlaggebend, die sich bis heute tatsächlich als wichtig für euch erweisen?

Mascha: Mir ist wichtig, dass sich meine politischen Ideale mit meinem rechtlichen Fachwissen verknüpfen lassen. Ich sehe mich als Teil einer Gesamtbewegung. Im Kontrast zur juristischen Ausbildung habe ich einen Ort gesucht, an dem ich frei, kreativ und mit möglichst flachen Hierarchien arbeiten kann. Bei ClientEarth ist das möglich: Mit dem Ziel als Ausgangspunkt entstehen unsere rechtlichen Strategien, ohne Beschränkung auf einen Rechtsbereich oder eine nationale Rechtsordnung. Wir entwickeln innovative fachliche Ansätze im Recht, schaffen idealerweise Präzedenzfälle und unterstützen den politischen und rechtlichen Kampf für den Klima- und Umweltschutz. Diese Arbeit ist nicht nur interessant und intellektuell anregend, sondern auch sehr sinnstiftend.

Bellinda: Den Punkt der Kreativität kann ich nur unterstreichen. Und mich hat gereizt, genau hinzuschauen, wie Gesetze gemacht werden – quasi in einer Art ‚Watchdog‘-Funktion. Wie viel Gewicht haben rechtliche Argumente und wissenschaftliche Fakten – und wie viele Interessenvertreter*innen haben welchen Zugang? Man muss sich vorstellen: Im Rahmen des laufenden Gesetzgebungsprozesses zu Industrieemissionen stehen wir hunderten von Industrievertretungen gegenüber. Hier ist es wichtig, unsere Stimme zu erheben, gemeinsam mit weiteren NGOs und Expert*innen. Vor meiner Zeit bei ClientEarth habe ich bei der

Menschenrechtsorganisation PRO ASYL als rechtspolitische Leiterin gearbeitet und auch hier war es mir wichtig, als Teil eines „großen Ganzen“ durch rechtspolitische Arbeit und strategische Prozessführung einen verändernden Beitrag zu leisten.

Was hattet ihr bei eurer Berufswahl nicht bedacht, was sich aber im Nachhinein als wichtig herausstellt?

Bellinda: Man muss Frustrationsmomente aushalten können! Natürlich rechnet man in der rechtspolitischen Arbeit mit Rückschlägen. Und dennoch: Wenn wir die extremen Wetterereignisse, Waldbrände und Dürren erleben, die wissenschaftlichen Erkenntnisse so klar sind wie nie und die rechtlichen Argumente schon längst auf dem Tisch liegen – aber politisch auf die Bremsen getreten wird, dann frustriert das enorm. Oder wenn wir sehen, wie viele Menschen krank werden aufgrund giftiger Chemikalien im Wasser oder krebserregender Schadstoffe in der Luft – und dennoch Gerichtsverfahren in die Länge gezogen werden, dann frustriert auch das. Motiviert bleiben wir dennoch, nach dem Motto: Dann erst recht! Man muss also viel Geduld und Ausdauer mitbringen und gleichzeitig eine hohe Flexibilität aufweisen.

Mascha: Und wenn wir über den Berufsalltag reden: Wichtiger als gedacht, ist für mich, wie hoch das Arbeitspensum ist, wie oft Überstunden anfallen, wie damit umgegangen wird und inwieweit es möglich ist, in Teilzeit zu arbeiten. Auch wenn der Beruf meistens Spaß macht und die Motivation groß ist, sollte genug Zeit für Hobbies, ehrenamtliches Engagement, Freizeit, Beziehungen und Sorgearbeit bleiben.

Ich habe Anfang des Jahres ein Kind bekommen und empfinde jetzt noch bewusster Solidarität und besonders großen Respekt für alle Menschen, die Sorgearbeit übernehmen. Neben guten Arbeitsbedingungen fällt mir auf, wie wichtig Sichtbarkeit ist. Ich erinnere mich jetzt noch daran, dass während meines Referendariats bei einer Strafrichterin eine Verteidigerin mal um eine Verhandlungsunterbrechung gebeten hatte, um ihr Kind zu stillen. Jetzt stille ich selbst bei ganztägigen Workshops und Gerichtsverhandlungen in den Pausen. Dabei ermutigt mich der Gedanke an sie.

Zu guter Letzt: In welcher Weise können sich junge Jurist*innen einbringen, um sich für Umweltschutz einzusetzen?

Bellinda: Durch Engagement bei unterschiedlichen Gruppen der Umweltbewegung können junge Jurist*innen die Diskurse, den politischen Kontext und andere Aktivist*innen kennenlernen. Das ist eine gute Voraussetzung für die rechtliche Arbeit in dem Bereich, wo immer wieder politische und strategische Fragen aufkommen und Verständnis der Situation und Dynamiken vor Ort hilfreich ist. In jeder Gruppe, die sich für den Klima- und Umweltschutz einsetzt, werden außerdem immer wieder rechtliche Fragen gestellt.

Mascha: Unsere Arbeit bei ClientEarth können junge Jurist*innen als Referendar*innen unterstützen. Außerdem arbeiten wir mit Studierenden im Rahmen einer Climate Law Clinic zusammen.

Gute Gelegenheiten sich mit gleichgesinnten Jurist*innen zu vernetzen und sich für den Klima- und Umweltschutz rechtlich einzubringen bieten außerdem die Vereine Lawyers For Future und Green Legal Impact, bei denen ich auch als Mitglied aktiv bin.